

an die Hand gibt, gute Vorsätze auch überregional Wirklichkeit werden zu lassen. An einem Beispiel sei dies illustriert.

Psychiatrischer Krisendienst

Schon in seiner aktiven Rot-Kreuz-Zeit hatte Mederer die Erfahrung gemacht, dass Menschen in psychischen Krisen nur selten auf ortsnahe Hilfen zurückgreifen konnten. Aus Furcht vor Stigmatisierung wollten sie sich auch nicht an die großen Kliniken Haar und Gabersee wenden. Familiäre Eskalation und Zwangseinweisungen waren oft die Folge. Die Tatsache, dass heute ein oberbayernweiter psychiatrischer Krisendienst installiert ist, trägt in besonderer Weise die Handschrift Josef Mederers. Dieser Krisendienst ist eine bundesweit einmalige Initiative des Bezirks Oberbayern. Menschen in seelischen Notlagen erhalten unter der Nummer 0180/655 3000 an jedem Tag des Jahres schnelle und wohnortnahe Hilfe. Der Bezirk Oberbayern finanziert diesen Krisendienst aus eigenen Mitteln mit rund sieben Millionen Euro im Jahr ohne Hilfe der Krankenkassen. Während Mederers Amtszeit wurde auch die Dezentralisierung der klinisch-psychiatrischen Versorgung vorangetrieben. So wurden in Dachau eine Tagklinik und in Fürstentfeldbruck eine stationäre Einrichtung mit 108 Betten eröffnet.

Ehrungen

Mederers überregionale Verdienste wurden in der Vergangenheit immer wieder gewürdigt, etwa durch die Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille, der Landkreisverdienstmedaille des Landkreises Dachau oder der Goldenen Ehrennadel des Bayerischen Roten Kreuzes. Am meisten fühlt sich Mederer, dessen Freundlichkeit, Redlichkeit und Bescheidenheit auch stets von politischen Gegnern hervorgehoben wird, geehrt, wenn Menschen nach durchlittenen Krisen durch die Angebote des Bezirks Oberbayern und anderer Organisationen neuen Lebensmut und Lebenskraft schöpfen konnten. Dass dies häufig der Fall ist, kann jeder bestätigen, der mit Josef Mederer zusammenarbeiten darf. Dass ihm – der seiner Gesundheit durch Sport durchaus Gutes tut – seine Funktionen noch lange und nachhaltig Freude und Erfüllung bieten, sei ihm an dieser Stelle ausdrücklich gewünscht! Ad multos annos!

Literatur zum Nachlesen:

Norbert Göttler (Hrsg.): Oberbayern. Vielfalt zwischen Donau und Alpen jenseits des Klischees. München: Volk Verlag, 2014.

Josef Mederer (Hrsg.): Soziale Verantwortung, Kultur. Bürgernähe – Eine Chronik des Bezirks Oberbayern. München: Allitera Verlag 2017.

Anschrift des Verfassers:

Bezirkshauptpfleger Dr. Norbert Göttler, Walpertschoten 2, 85241 Hebertshausen

Revolution in Bayern 1918/1919

Von Wilhelm Liebhart

Die Revolution in Deutschen Reich 1918/1919 begann am 7. November 1918 in Bayern und nicht in Preußen und zwar in München und nicht in Berlin. Maßgeblich für die weitere deutsche Geschichte waren allerdings die Ereignisse in der Reichshauptstadt. Über die Ursachen dieser Revolution von 1918/1919 ist im Allgemeinen¹ und im Speziellen zu Bayern² viel geschrieben worden.

Vorgeschichte und Ursachen

Inwieweit die tieferen Ursachen in Bayern in den sozialen und politischen Spannungen der vorausgehenden Prinzregentenzeit³ zu suchen sind, ist mittlerweile eine überholte Frage. Ohne den verlorenen Ersten Weltkrieg,⁴ der im Königreich Bayern 188000 Tote und 435618 Verwundete kostete und 75581 Soldaten in Gefangenschaft brachte,⁵ und ohne die jahrelange, katastrophale Versorgungslage in der Heimat wäre es sicher nicht zum Umsturz gekommen, sondern zu einer parlamentarischen Monarchie. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass es neben dem alle Kräfte übersteigenden und mit einer Niederlage endenden Krieg strukturelle Schwächen des bisherigen politischen Systems gab.

Die seit 1818 bestehende konstitutionelle Monarchie mit ihren vom König berufenen Beamtenregierungen ohne parlamentarische Verantwortung erwies sich als »geschwächte, brüchige und innerlich hohle Staatsform«.⁶ Das Gottesgnadentum, wie es König Ludwig III. wieder betonte, und das monarchische Prinzip verloren an »Überzeugungskraft«.⁷ Der Krieg beschleunigte diese Tendenzen und führte zu einem Ansehens- und Autoritätsverlust der Monarchie, was den vielen Stimmungsberichten seit 1916 zu entnehmen ist.⁸ Das konservative Bauerntum schloß in der Königstreue ein und wachte in der Revolution auf. Dies verwunderte besonders Ludwig

Thoma, der glaubte, »das Volk zu kennen«. Dazu schrieb er am 11. Januar 1919: »Merkwürdig und unwürdig auch der Abgang des Königs. Er verschwand, begleitet von verächtlichem Hohn, dem sich rein nichts an Mitleid, Achtung, Dank entgegenstellte. (...) Auch bei unsern Bauern ist keine Spur von »angestammter Treue« zu merken.«⁹ Die Arbeiterschaft und die SPD strebten nach einer Reform des alten Systems und nicht nach einer Revolution. Die bayerische SPD unter Georg von Vollmar (1850–1922) und Erhard Auer (1874–1945) freundete sich zwar mit einer parlamentarischen Monarchie an, zögerte aber nur kurz, um dann am 8. November 1918 die Dynastie zu opfern, um den radikalen Kräften Einhalt zu gebieten. Dynastie und König verschwanden sang- und klanglos. Nur der im Gegensatz zum Vater populäre Kronprinz Rupprecht (1869–1955) legte Verwahrung gegen die Entwicklung ein, setzte sich aber dann in die Niederlande ab.¹⁰ Bis zum 2. November 1918 war Ludwig III. untätig geblieben, unter dem Druck seiner Regierung gestand er Verfassungsreformen zu. Seine bis zuletzt vorhandenen Annexionswünsche, die als kriegsverlängernd interpretiert wurden, liefen der allgemeinen Friedenssehnsucht der Bevölkerung diametral entgegen. Der König erkannte die wirkliche Lage seines Landes zu spät, er fühlte sich zuletzt als »Opfer« seiner eigenen Regierung. Laut Verfassung sollte er regieren und nicht nur repräsentieren. Dieser Aufgabe kam er während des Krieges zur allgemeinen Unzufriedenheit nicht nach, er ergriff bis zuletzt keine Initiative, etwa um Wilhelm II. zum Friedensschluss zu bewegen oder vielleicht bei aller politischer Fragwürdigkeit einen Sonderfrieden für Bayern zu erwirken. Politischer dachte und argumentierte der Kronprinz. Schon am 19. Juli 1917 schrieb er an den Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling, dass die Angehörigen des Mittelstandes »jetzt zum Teil antimonarchischer als die Sozialdemokraten«¹¹ seien:

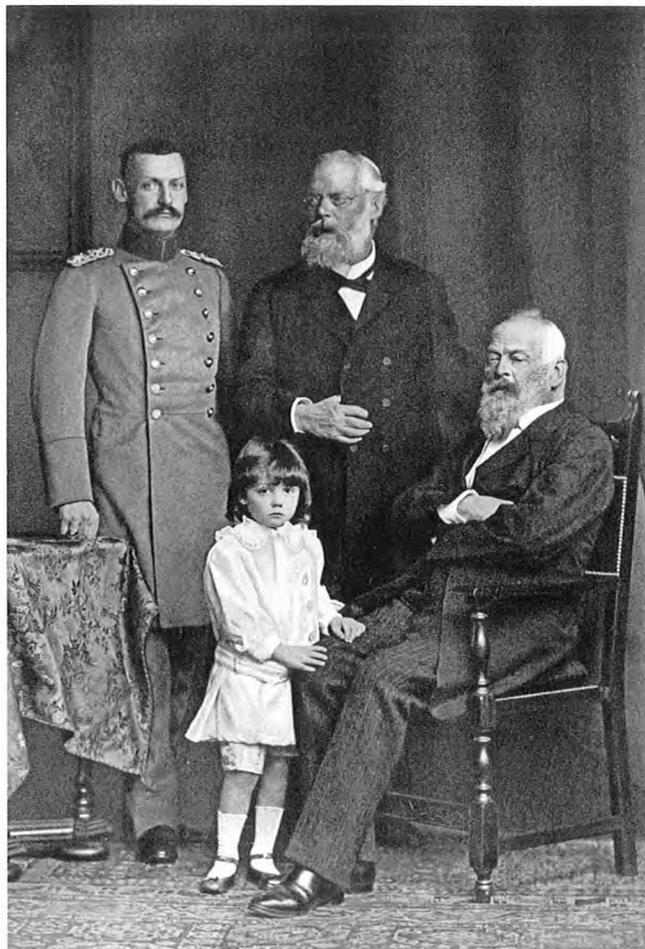
»Man wirft der Regierung vor, daß sie sich von Berlin aus alles gefallen ließe, und die Meinung gewinnt immer mehr Anhänger, daß, nachdem doch alles aus Berlin geleitet werde, unsere Regierung nichts weiter sei wie ein überflüssiger und kostspieliger Ballast«. Die Außenpolitik der Reichsleitung hielt er für gescheitert, er warnte vor Erich Ludendorff (1865–1937) von der Obersten Heeresleitung als Politiker. Das war geradezu prophetisch, da Ludendorff nach dem Krieg wie Adolf Hitler den Umsturz wollte und plante, der 1923 scheiterte. Der 74-jährige Hertling wurde zwar am 1. November 1917 Reichskanzler, doch erwies sich der greise Staatsmann gegenüber der Obersten Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Ludendorff als schwach und hilflos.

Verpasste Parlamentarisierung

Am 28. September 1917 stellten die SPD-Abgeordneten Erhard Auer¹² und Max Süßheim im Landtag einen elf Punkte umfassenden Antrag an die Regierung, der auf eine Umwandlung der bisherigen konstitutionellen in eine parlamentarische Monarchie hinauslief.¹³ Der Antrag forderte u. a. die »Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts« für alle volljährigen Männer und Frauen »nach Grundsätzen des Verhältniswahlrechts«, die »Beseitigung des Sanktionsrechtes des Königs«, die Ernennung der Minister auf Vorschlag des Landtags, die Abschaffung des Adels, die Aufhebung der »Privilegien des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie« und schließlich die »Trennung der Kirche vom Staat«. Das Zentrum, der Bauernbund, bis auf dessen Führer Karl Gandorfer, und die Mehrheit der Liberalen lehnten den Antrag ab; auf geschichtlich gewordene, bewährte Grundlagen berief sich die Regierung in ihrer abweisenden Haltung. Heinrich Held vermutete als Fraktionsvorsitzender des Zentrums gar einen »Einfluß verhetzender Stimmen des Auslandes«. ¹⁴ Dennoch: Manches fand zumindest bei den Liberalen Anklang. Die Chance, die Verfassung von 1818 demokratisch weiterzuentwickeln, ging 1917 vorüber. Zur Rechtfertigung der Regierung ist zu sagen, dass selbst die Landtagsmehrheit zum damaligen Zeitpunkt keine weitergehenden Reformen wünschte. Das Zentrum, das jahrzehntelang eine Parlamentarisierung und Machtteilhabe gefordert hatte, verteidigte im Krieg Verfassung, Monarchie und Regierung. Man befürchtete zugunsten der Sozialdemokraten an Gewicht zu verlieren: Bei der letzten Landtagswahl 1912 hatte das katholische Zentrum 87 Mandate, die Liberalen 30, die SPD ebenfalls 30, der Bayerische Bauernbund acht und die Konservativen sieben Mandate errungen. Aufgrund des bestehenden Mehrheitswahlrechtes reichten dem Zentrum 44% der Stimmen für 52% der Sitze. Das von der SPD geforderte Verhältniswahlrecht stellte deshalb für die Mehrheitsfraktion ein Problem dar. Gefahr drohte den Liberalen, die um ihre Existenz bangten.

Auf dem Weg zur Revolution

Am 28. Januar 1918 versammelten sich in der Schwabinger Brauerei an die 2000 Metallarbeiter der Krupp-Geschützwerke aus Freimann, sie traten in Streik und solidarisierten sich mit über 40000 Berliner Kollegen.¹⁵ Eine Resolution verlangte die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, die ungehinderte Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Koalitions- und Streikrecht, die Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes und die Freilassung wegen politischer Betätigung Inhaftierter. Drei Tage später, als schon rund 8000 Arbeiter streikten, verabschiedeten die Arbeiter Münchens eine Grußadresse an die Werktätigen der Feindmächte, in der das Ende des Mordens und der Völkerfrieden verlangt wurde.



Die Familie des Prinzregenten Luitpold (sitzend) mit Prinz Ludwig (später König Ludwig III.), Prinz Rupprecht (später Kronprinz), 1911 Foto: Bildarchiv Liebhart

Die Massenstreiks griffen auch auf Nürnberg, wo etwa 42000 Arbeiter in 120 Betrieben die Arbeit niederlegten, auf Fürth, Schweinfurt, Ludwigshafen und Frankenthal über. Diese massenhafte Arbeitsniederlegung der Rüstungsarbeiter war politisch motiviert und erfolgte aus Solidarität. Die Streiks entstanden spontan, wurden aber dann von der USPD, eine linke Abspaltung von der SPD, und der MSPD gesteuert und von der MSPD entgegen den Plänen der äußersten Linken friedlich zu Ende gebracht. Die USPD bzw. die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands«¹⁶ entstand auf Reichsebene im April 1917 »als Sammelbecken für die burgfriedensfeindlichen und konsequent pazifistischen Sozialisten«¹⁷ innerhalb der SPD. Letztere bezeichneten sich nach der Abspaltung der USPD als Mehrheitssozialisten oder MSPD. Die Wurzeln der USPD sind in der radikalen Linken der Vorkriegszeit um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (»Spartakus«) und bei linken Sozialdemokraten zu suchen, die erst im Krieg die deutsche Kriegsziel- und Annexionspolitik ablehnten und im März 1916 aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurden. Unter den drei bayerischen Delegierten auf dem Gründungsparteitag der USPD befand sich der Schriftsteller und ehemalige SPD-Publizist Kurt Eisner,¹⁸ der 1917 den Münchner Ortsverein mitbegründete. Der junge Verein entfaltete eine starke Agitation. Nur mit Hilfe der MSPD gelang es der Regierung, die Januarstreiks zu beenden und die Tendenzen in Richtung Generalstreik abzuwenden. Ministerratsvorsitzender Otto von Dandl dankte im Landtag der MSPD für ihre konstruktive, allen radikalen Tendenzen abholde Mitwirkung. Eisner und seine Helfer kamen als Hochverräter in Haft, nur der Land-

tags- und Reichstagsabgeordnete Josef Simon aus Nürnberg konnte öffentlich die Ziele der USPD ungeschoren propagieren: Diese waren »die Errichtung einer sozialen Republik, die Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise und die Beseitigung des Imperialismus«. ¹⁹ Für die Zukunft beschloss der Ministerrat einen Maßnahmenkatalog bis hin zur Verhängung des Standrechts. Die Arbeit der USPD sollte nicht nur scharf beobachtet, sondern möglichst verhindert werden, die Militarisierung der Betriebe, unter anderem die Einberufung von Arbeitern, wurde für den Fall der Fälle vorbereitet. Im August 1918 erreichte die allgemeine Volksstimmung ihren Tiefpunkt. Das Stimmungstief glich einem »Absturz in die Hoffnungslosigkeit«, ²⁰ als am 5. Oktober das deutsche Waffenstillstandsangebot der völlig überraschten Bevölkerung bekannt gemacht wurde. Ludwig III. dankte am 6. Oktober seinen Soldaten für ihren Einsatz, der die Heimat vor den Schrecken des Krieges bewahrt habe. Mehr konnte und wollte er nicht tun. Seine Tochter, Prinzessin Wiltrud, urteilte am 17. Oktober prophetisch: »Man muß jetzt mit allem rechnen, daß der Kaiser ..., vielleicht Papa und der Kaiser Karl abdanken müssen, daß es Revolution gibt, daß die gekrönten Häupter nur eine Rolle der Repräsentation spielen dürfen wie König Georg von England. (...) Ob Papa diese Kränkungen überleben wird?« ²¹ Verdrängung der Tatsachen, altersbedingter Starrsinn und blindes Vertrauen auf Otto von Dandl bestimmten Ludwig III. bis zum 7./8. November. Die Regierung ließ den Oktober ohne realpolitische Taten verstreichen. Erst am 2. November einigten sich die Regierung und ein interfraktioneller Landtagsausschuss, in dem das Zentrum, die MSPD und die Liberalen vertreten waren, unter anderem auf das allgemeine Verhältniswahlrecht, eine grundlegende Reform der Reichsratskammer (2. Parlamentskammer), die gegenüber dem Landtag entmachtet werden sollte, und auf die Parlamentarisierung der Regierung. Noch am gleichen Tag vollzog Ludwig III. das vereinbarte Reformprogramm.

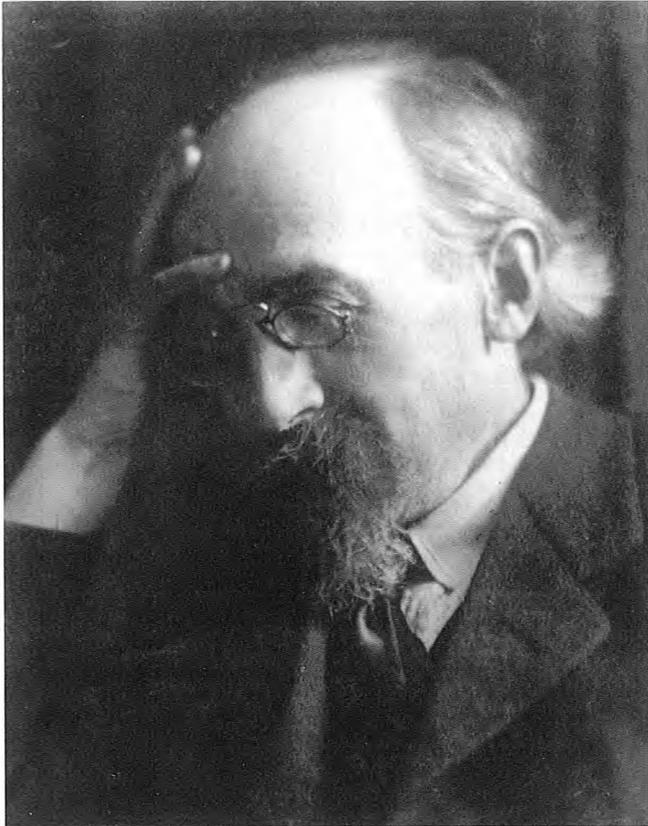
7./8. November 1918: Erste Revolutionsphase

Am 3. November begannen bei schönem Wetter die ersten Massenkundgebungen auf der Theresienwiese, darunter Arbeiter der Dachauer Munitions- und Pulverfabrik. Am 4. November lehnte Kaiser Wilhelm II. die Bitte des bayerischen Kronprinzen ab, ihn mit dem Kommando in Bayern bzw. für die in Südtirol verlaufende Front zu betrauen. ²² Am 5. November wiederholte Kurt Eisner auf einer Versammlung im Freien seine Feststellung, dass ein Umsturz kommen werde. Am Abend des 6. Novembers trafen sich im Landtag der MSPD-Vorsitzende Erhard Auer und die amtierenden Minister des Krieges und des Innern zu einer Besprechung. Es ging um die am 7. November von der MSPD, der USPD und den Freien Gewerkschaften geplante große Friedenskundgebung. Man besaß Informationen, wonach die USPD und Kurt Eisner einen »großen Schlag« ²³ planten. Der Kriegsmminister versicherte, die Armee im Griff zu haben. Bezüglich Eisner meinte Erhard Auer, dass dieser erledigt sei und nichts Außergewöhnliches geschehen werde. Beide irrten sich. Um die 50000 Menschen versammelten sich am 7. November gegen 15 Uhr bei der Bavaria, um den zwölf Rednern, darunter Erhard Auer und Kurt Eisner, zu lauschen. ²⁴ Ein gemeinsamer Zug, angeführt von einer Blaskapelle, formierte sich gegen 16 Uhr und marschierte zum Abschluss durch die Stadt. Etwa 2000 Soldaten, Matrosen, Frauen und Anhänger der USPD unter Eisner schlossen sich diesem Zug entgegen der Abmachung nicht an. Eisner nutzte die Gunst der Stunde, landete seinen Coup und »putschte«. Die kleine Gruppe zog von

Kaserne zu Kaserne, die dort zusammengezogenen Ersatztruppenteile liefen über. Schon um 17 Uhr meldete die Stadtkommandantur die um sich greifende Meuterei, die Regierung war ratlos. Gegen 19 Uhr beschloss sie, preußische Truppen aus Landsberg heranzuholen und dem König nahezu legen, die Stadt vorübergehend zu verlassen. Ein Truppeneinsatz scheiterte an den Soldaten, die nicht auf Zivilisten schießen wollten. Der Monarch und seine Familie waren über die Geschehnisse im Bilde, da die Revolutionäre an der Residenz vorbeizogen. Die Prinzessinnen beobachteten hinter den Vorhängen der Kronprinzenwohnung die Demonstranten. Ludwig III. saß in seinem Lehnstuhl und durfte nicht ans Fenster treten. Die Rufe der Demonstranten verhiessen nichts Gutes: »Hoch lebe die Republik«, »Der Kaiser soll abdanken! Nieder mit Wilhelm! Nieder mit dem Haus Wittelsbach!« oder »Kronprinz Rupprecht soll leben! Nieder mit Ludwig!« ²⁵ Überstürzt und improvisiert verließ um 21 Uhr 30 die königliche Familie in drei Autodroschken die Residenzstadt in Richtung Wildenwart. Während die Revolutionäre den Bahnhof, das Telegrafenamnt, Militäreinrichtungen, das Kriegsministerium und schließlich die Polizeidirektion besetzten, wartete der Innenminister vergeblich auf militärische Hilfe, um den »Putsch« niederschlagen zu können. Erhard Auer versicherte, ein entsprechendes Vorgehen zu tolerieren, wenn es noch während der Nacht geschähe, anderenfalls werde die MSPD am Tag danach aufgrund der neuen Situation Ordnung schaffen. Um 23 Uhr erließ ein wenige Stunden zuvor unter aktiver Teilnahme Kurt Eisners gebildeter sogenannter Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Münchner Bevölkerung, in dem die Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates ²⁶ mitgeteilt wurde, der die Regierung in die Hand nehmen würde.

Weder in der Nacht zum 8. November noch am Morgen gelang es der alten Regierung die Lage in München in den Griff zu bekommen. Die MSPD-Führung beschloss am Morgen mit Eisner eine Regierung zu bilden. Erhard Auer, Albert Roßhaupter und Johannes Timm nahmen die Verhandlungen mit den neuen Machthabern auf. Die Bildung einer provisorischen Regierung begann. Die Presse veröffentlichte an diesem Morgen eine Proklamation des neuen Rates der Arbeiter, Soldaten und Bauern, wonach Bayern »fortan ein Freistaat«, ²⁷ das heißt, eine Republik, sei. Sie kündigte eine »Volksregierung« und eine »Konstituierende Nationalversammlung« für »alle mündigen Männer und Frauen« an. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wurde verbürgt. Die Soldaten durften sich »durch Soldatenräte selbst regieren«. Die Beamten sollten in ihren Positionen verbleiben, die Bauern sich für die Lebensmittelversorgung verbürgen. Das Unglaubliche geschah, die Staatsmaschine blieb in Stadt und Land, als wäre nichts geschehen, in Gang. Viele handelten im Sinne des Münchener Erzbischofs Michael von Faulhaber, der in einem Hirtenwort schrieb: »Ohne unsere Grundsätze zu verleugnen, ohne ein politisches Neubekennnis abzulegen, fühlen wir uns doch im Gewissen verpflichtet, auf dem Boden der gegebenen Tatsachen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und an der Sicherstellung der Volksernährung mitzuarbeiten, um noch größere Übel von unserem Volke fernzuhalten.« ²⁸

Am Nachmittag des 8. Novembers bildete sich die neue provisorische Regierung aus vier Ministern der MSPD, darunter Erhard Auer als Innenminister, aus einem parteilosen Verkehrsminister und drei Männern der USPD. Ministerpräsident und Außenminister wurde der 51-jährige Kurt Eisner. Wie kein anderer war Eisner Pazifist, der schon 1914 den deutschen Willen zum Krieg erkannte und entlarvte. Er blieb trotz aller wirtschaftlichen Nachteile, trotz Zensur und Gefängnishaft



Kurt Eisner

Foto: Bildarchiv Liebhart



Erhard Auer

Foto: Bildarchiv Liebhart

konsequenter Pazifist und Idealist; Idealismus befähigt aber nur bedingt für das politische Alltagsgeschäft. Am 9. November vollzog sich geordnet der Regierungswechsel: Die königlichen Minister führten die neuen, republikanischen in ihre Ämter ein.

Ludwig III. entbindet vom Eid

Nach seiner improvisierten Flucht hielt sich der Monarch im Ruperti-Winkel und im Berchtesgadner Land auf, um im Notfalle mit der totkranken Königin Therese, den Töchtern und Erbprinz Albrecht nach Österreich fliehen zu können. Tageweise lebte die Familie auf Schloss Anif bei Salzburg. Am 13. November 1918 druckten die »Münchner Neueste Nachrichten« eine Erklärung Ludwigs III. ab, die mit der Schlagzeile »Thronverzicht König Ludwigs III.«²⁹ versehen war: »Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treue-Eides.

Anif, den 13. November 1918 Ludwig.« Von Prinzessin Helmutrud wissen wir, dass der Monarch auch nach dem 13. November versicherte, nicht auf den Thron verzichtet zu haben.³⁰ Die Wirklichkeit ging über die Diskussion, ob nun der Wittelsbacher abdankte oder nicht, rasch hinweg.

Landtagswahl und 2. Revolutionsphase

Die Landtagswahl am 12. Januar 1919 beendete im ganzen Land die erste Revolutionsphase. Als Sieger gingen die ehemalige Zentrumsparterie jetzt Bayerische Volkspartei (BVP), ein Vorläufer der CSU, mit 66 und die SPD mit 61 Mandaten hervor. Die Deutsche Demokratische Partei erreichte 25, der Bau-

ern- und Mittelstandsbund 16, eine liberale Listenverbindung neun und die USPD Kurt Eisners nur drei Abgeordnetensitze. Als Eisner auf dem Weg zur Landtagseröffnung am 21. Februar 1919 ermordet und der MSPD-Führer Erhard Auer lebensgefährlich angeschossen wurde, brach der Landtag auseinander. Die politische Lage radikalisierte sich: USPD, Spartakisten und Kommunisten bildeten unter Ernst Niekisch einen »Zentralrat der Bayerischen Republik«. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte regierten weiter. Als am 17./18. März der kurz zusammengetretene Landtag die neue Koalitionsregierung aus Bauernbund, MSPD und gemäßigten Mitgliedern der USPD unter Johannes Hoffmann (MSPD)³¹ bestätigte, sahen die Räte ihre pseudoparlamentarische Funktion und Zukunft gefährdet. Eine weitere Zusammenkunft des Landtags wurde deshalb am 4. April verhindert und am 7. April schließlich die Räterepublik ausgerufen.

Dritte Revolutionsphase

Es begann die dritte Revolutionsphase. Die rechtmäßige Regierung Hoffmann floh ohne ihre USPD-Mitglieder über Nürnberg nach Bamberg, um von dort aus den Kampf gegen die Münchner Räterepublik aufzunehmen. Diese ließ sich per Telegramm vom 7. April für 12 Uhr im ganzen Land einläuten. Ihr schlossen sich außerhalb von München nur einige Städte an.³²

Die vierte Revolutionsphase und Dachau

Am 13. April 1919 trat die Revolution in ihre radikalste und blutigste Phase ein, als ein kommunistischer Vollzugsrat sein Terrorregiment in München errichtete.³³ Die Regierung Hoffmann blieb aber nicht untätig, da sie mit dem Landtag nach München zurückkehren wollte. Am 15. April rückten aus Ingolstadt und Pfaffenhofen etwa 500 regierungstreue Truppen mit der Bahn auf Dachau heran und besetzten es.

Sie schwärmten Richtung Karlsfeld und Allach aus. Es kam zu kleineren Gefechten mit der Roten Armee.³⁴ Diese erhielt am 16. April Verstärkung. Das Kommando über etwa 2000 Mann erhielt der Schriftsteller und ehemalige Unteroffizier Ernst Toller³⁵ übertragen. Nach Verhandlungen und Missverständnissen eroberten die »Roten« überraschend Dachau, das von den Regierungstruppen, den »Weißen«, geräumt wurde. In München jubelte man über den Sieg. Es waren dramatische Stunden, da beide Seiten Artillerie aufgeföhren hatten. Für die Bürger verlief alles glimpflich. Tote beklagten nur die Kombattanten. Der Sieg der Roten in der »Schlacht von Dachau« konnte nicht von langer Dauer sein. Am 28. April rückte aus Ingolstadt der Panzerzug des Freikorps Görlitz heran, der Generalangriff auf Dachau begann am 30. April. In den frühen Morgenstunden des 1. Mai war alles vorbei. Die Roten hatten sich nach München abgesetzt. Preußische, württembergische und bayerische Truppen eroberten am 1. und 2. Mai in blutigen Straßenschlachten unter Einsatz von Artillerie, Flammenwerfern, Panzern, ja Flugzeugen die Hauptstadt München zurück. Über tausend Menschen ließen dabei ihr Leben. Es war auch zu unnötigen Exzessen gekommen.

Ausklang

Trotz des Sieges der legitimen Regierung hielt die Angst vor einem weiteren Umsturz an, der Schock saß tief, keine gute Voraussetzung für die republikanische Zukunft. Die kommunistische Räterepublik brachte den friedlichen Umsturz vom November 1918 unter Kurt Eisner insgesamt in Misskredit. In den Augen des Bürgertums war dann dieser allein für den verlorenen Krieg und die allgemeine politische und wirtschaftliche Misere verantwortlich. Viele konnten sich gar nicht mehr erklären, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Für Ludwig Thoma war es ein »Pöbel«, der den Umsturz betrieb, und die allgemeine »Teilnahmslosigkeit, die 1918 den Münchner Sautall ermöglichte«.³⁶ In einem Brief vom 16. Mai 1919 an Josef Hofmiller, der ein »Revolutionstagebuch«³⁷ verfasste, spricht er von der »Revolte der Strizzis, Zuchthäusler und Faulzener«.³⁸ Ein Mitglied des Kriegsministeriums machte die »Auflösung der militärischen Disziplin«, den »Streik des Besatzungsheeres«, die »Lahmlegung der staatlichen Autorität und ihrer sämtlichen Machtmittel« für den Sieg der Revolution verantwortlich.³⁹ Das bayerische Königtum war politisch am 7./8. November zu Grabe getragen worden, die Inhaber der Krone starben kurze Zeit darauf, am 3. Februar 1919 die Königin in Wildenwart, am 18. Oktober 1921 der König an Herzversagen im ungarischen Sárvár. Am 5. November 1921 wurden beide in der Münchner Frauenkirche beigesetzt. Das Begräbnis fand statt wie zu königlichen Zeiten. Eine adelige Zeitgenossin schrieb dazu: »so hat der neue Volksstaat das angestammte Königspaar, das er unter Führung landfremder Elemente vom Thron gestoßen, unter pomphafter Feier in die Gruft (...) gesenkt«.⁴⁰

Anmerkungen:

¹ Zuletzt Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017; Anton Holzer (Hrsg.): Krieg nach dem Krieg. Revolution und Umbruch 1918/19. Darmstadt 2017; Volker Weidemann: Träumer. Als die Dichter die Macht übernahmen. Berlin 2017; Heidi Beutin/Wolfgang Beutin: Fanfaren einer neuen Freiheit. Deutsche Intellektuelle und die Novemberrevolution. Darmstadt 2018; Kersten Knipp: Im Taumel. 1918 – Ein europäisches Schicksalsjahr. Darmstadt 2018; Gerd Krumreich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg u. a. 2018; Lothar Machtan: Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs. Darmstadt 2018; Sonja Künzler/Doris Tillmann (Hrsg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918. Darmstadt 2018.

² Der Forschungsstand bis 2000 bei Heinz Hürten: Revolution und Zeit der Weimarer Republik. In: Spindler. Handbuch der Bayer. Geschichte. 4. Band, 1. Teilband. Neu hrsg. von Alois Schmid. München 2. Aufl. 2003, S. 439–464. Vgl. die

Bibliographie in: Revolution! Bayern 1918/19 (Hefte zur Bayer. Geschichte u. Kultur 37). Augsburg 2008, S. 56–60. Zuletzt Stefan März: Das Haus Wittelsbach im Ersten Weltkrieg. Regensburg 2013.

³ Vgl. dazu den seinerzeit bahnbrechenden Band: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München 1969.

⁴ Aus der Literaturflut besonders Wolfgang J. Mommsen: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914–1918. (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. 10. Aufl. Band 17). Stuttgart 2002; Michael Salewski: Der Erste Weltkrieg. Paderborn 2003; Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 6. Aufl. 2013; Hefried Minkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin 2013; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. 5. Aufl. München 2014; Günther Kronenbitter/Markus Pöhlmann (Koed.): Bayern und der Erste Weltkrieg. München o. J.; Holger Afflerbach: Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor. München 2018.

⁵ Zur Zahl der Kriegstote vgl. Wolfgang Zorn: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. München 1986, S. 142.

⁶ Helmut Neuhaus: Das Ende der Monarchien in Deutschland 1918. In: Historisches Jahrbuch 111 (1991), S. 102–136, hier S. 131. Dazu auch Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen. München 2016.

⁷ Neuhaus, Ende der Monarchien, S. 130. – Zum Monarchen vgl. Alfons Beckenbauer: Ludwig III. von Bayern 1845–1921. Regensburg 1987; Ulrike Leutheusser/Hermann Rumschöttel (Hrsg.): König Ludwig III. und das Ende der Monarchie in Bayern. München 2014; Stefan März: Ludwig III. – Bayerns letzter König. Regensburg 2014.

⁸ Vgl. etwa Beispiele bei Benjamin Ziemann: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923. Essen 1997 und Wilhelm Liebhart: »Mit Gott für König und Vaterland«. Nach 100 Jahren: Bayern und der Erste Weltkrieg (1914–1918). In: Amperland 50 (2014), S. 281–289, hier S. 282 f.

⁹ Ludwig Thoma: Ausgewählte Briefe. Hrsg. von Josef Hofmiller. München 1927, S. 195 f.

¹⁰ Vgl. dazu Dieter J. Weiß: Kronprinz Rupprecht von Bayern. Regensburg 2007.

¹¹ Zitat bei Kurt Sendtner: Rupprecht von Wittelsbach. Kronprinz von Bayern. München 1954, S. 345 f. Folgendes Zitat auf S. 346.

¹² Zur Person siehe Markus Schmalzl: Erhard Auer. Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie in Bayern. Kallmünz 2013.

¹³ Text bei Willy Albrecht: Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Berlin 1968, S. 259 f. Zitate ebenda.

¹⁴ Zitat bei Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 263.

¹⁵ Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 295–305; Zorn, Geschichte, S. 108 f.

¹⁶ Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 279–286.

¹⁷ Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 280.

¹⁸ Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. München 2001.

¹⁹ Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 284.

²⁰ Sendtner, Rupprecht (wie Anm. 11), S. 363.

²¹ Zitat aus »Eben noch unter Kronleuchtern ...«. Die Revolution 1918/1919 aus Sicht der bayerischen Königstöchter. Hrsg. von Christiane Böhm. München 2018, S. 17.

²² Sendtner, Rupprecht, S. 308.

²³ Albrecht, Landtag u. Regierung, S. 421.

²⁴ Zum Ablauf des 7. Novembers vgl. Zorn, Geschichte (wie Anm. 5), S. 124–131.

²⁵ Zitate bei Martha Schad: Bayerns Königinnen. Regensburg 1992, S. 326.

²⁶ Zum Räteystem vgl. Georg Köglmeier: Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. München 2001.

²⁷ Zitat und folgende bei Franz J. Bauer: Die Regierung Eisner 1918/19, Ministerratsprotokolle und Dokumente. Düsseldorf 1987, S. 409 f. Dokument 2.

²⁸ Zitat bei Helmut Wüttschek: Das Staatsverständnis des bayerischen Episkopats an der Wende von der Monarchie zur Republik im Lichte der Hirtenbriefe von 1918 bis 1920. In: Land und Reich, Stamm und Nation. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag. Band III. München 1984, S. 375–388, hier S. 379; Johann Klier: Von der Kriegspredigt zum Friedensappell. Erzbischof Michael von Faulhaber und der Erste Weltkrieg. München 1991.

²⁹ Text abgedruckt bei Bauer, Regierung Eisner, S. 419 Dok. 11.

³⁰ Sendtner, Rupprecht, S. 386.

³¹ Diethard Hennig: Johannes Hofmann. Sozialdemokrat und bayerischer Ministerpräsident. München u. a. 1990.

³² Vgl. dazu Reinhard Baumann/Paul Hoser (Hrsg.): Die Revolution von 1918/19 in der Provinz. Konstanz 1996.

³³ Zum Hintergrund Heinrich Hillmayr: Roter und weißer Terror in Bayern nach 1918. München 1974.

³⁴ Ablauf bei Paul Hoser: Dachau in der Münchner Revolution und Räterepublik von 1918/1919. In: Amperland 41 (2005), S. 147–171.

³⁵ Zur Person vgl. Dieter Distl: Ernst Toller. Schrobenhausen 1993.

³⁶ Zitate bei Ludwig Thoma: Sämtliche Beiträge aus dem »Miesbacher Anzeiger« 1920/21. München 1989, S. 106.

³⁷ Josef Hofmiller: Revolutionstagebuch 1918/19. Leipzig 3. Aufl. 1939.

³⁸ Ludwig Thoma: Ausgewählte Briefe. Hrsg. von Josef Hofmiller. München 1927, S. 204.

³⁹ Zitat bei Bauer, Regierung Eisner (wie Anm. 27), S. XVIII.

⁴⁰ Zitat bei Schad, Königinnen, S. 346.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster